

In Kürze

Umgang mit Erinnerung. Nach 16 Jahren löste sich die Kontaktstelle für Überlebende des Holocaust in der Schweiz im Jahr 2011 auf. Während sie zeitweise bis zu 400 Mitglieder zählte, wurde sie bei der Auflösung noch von 30 Mitgliedern getragen. An den Zusammenkünften der Gruppe nahmen aber bisweilen auch Angehörige und Interessierte teil. Peter Scheiner hat mit einem einstündigen Film die Auflösung der Kontaktstelle dokumentiert. Die Auflösung, die in Bern unter Anwesenheit namhafter Politiker zelebriert wurde, nimmt im Film einen wichtigen Platz ein – denn während des 16-jährigen Bestehens habe die Kontaktstelle nie die Unterstützung und Aufmerksamkeit bekommen, die ihr bei ihrer Auflösung zuteil wurde, findet Scheiner: «Es herrscht eine Hilflosigkeit im Umgang mit der Erinnerung.» Im Film kommt auch Eduard Kornfeld vor, der an der Universität Bern von seinen Erlebnissen berichtet. Still ist es in dem Raum, die Studierenden scheinen gebannt zuzuhören. Trotz dieser Anteilnahme ist Scheiner überzeugt, der Antisemitismus nehme zu und die Erinnerungskultur sei zweifelhaft. Auch hätte er kaum finanzielle Unterstützung für den Film bekommen, nicht vom EDA, das ihn oft bei anderen Dokumentarfilmen unterstützt hatte, noch von der Kontaktstelle. Dass die Thematisierung dieses Ereignisses auf allen Ebenen schwer fällt, beweist ein weiterer Ausschnitt des Films. Der bekannte Künstler Gerhard Richter war für die Gestaltung des Covers eines Sammelbandes der Kontaktstelle zuständig. Zu Wort kommt Christa Markovits, Mitglied der Kontaktstelle, die dem Werk Richters gar nichts abgewinnen kann, ihr fehle der Bezug zum Ort, welchen die Bilder darstellen sollen – das Konzentrationslager. Sowohl die Vorführung des Film in den Räumen der Israelitischen Kultusgemeinde Zürich als auch an der Premiere im Stüssihof waren gut besucht. VB

BERN

Weltpolitik mit Ohad Hemo

Leidenschaftlich erzählte der Gastreferent Ohad Hemo aus seinem journalistischen Alltag als langjähriger «Arutz 2», Korrespondent für palästinensische Angelegenheiten, am Magbit-Anlass des Keren Hajessod in Bern. «Wir leben in einer der interessantesten Zeitepochen, was den Nahen Osten angeht», sagte Hemo. Irak, Syrien, Jemen, die ganze Region sei in starkem Wandel begriffen. Die ägyptische Armee sei schwach, in Syrien herrsche Chaos, Irans Einfluss werde in Libanon zunehmend spürbar und Jordanien kämpfe mit dem immensen Flüchtlingsstrom. Eine der Folgen dieser geopolitischen Verschiebungen sei, dass sich stereotype Bilder gegenüber Israel in der Weltöffentlichkeit langsam veränderten: Beispielsweise werde Israel weniger für die Instabilität im Nahen Osten verantwortlich gemacht als noch vor ein paar Jahren. Eindrücklich erzählte Hemo von Begegnungen mit hohen Vertretern der Hamas, von palästinensischen Machtkämpfen zwischen Hamas und Fatah, vom Antisemitismus in Europa, aber auch in der islamischen Welt. Er ist ein Grenzgänger. Viele seiner Geschichten illustrierte er mit Videoausschnitten. Ein weiteres Mal wurde der Keren-Hajessod-Anlass für Bern, Biel und Solothurn vom Co-Präsidium des Ortskomitees Bern als Benefizveranstaltung inszeniert (vgl. S. 18). NK



BERN

Bundesrat lenkt ein

Ein Sinneswandel scheint im Bundesrat eingeleitet zu sein: Am 1. Februar empfahl der Bundesrat die Motionen des Zürcher SP-Ständerates Daniel Jositsch und der Aargauer SP-Nationalrätin Yvonne Feri zur Annahme. Die beiden Abgeordneten hatten den Bundesrat beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen aufzuzeigen, welche weitergehenden Massnahmen für die Sicherheit religiöser Gemeinschaften (Jositsch) beziehungsweise von Minderheiten (Feri), «die durch terroristische und extremistische Gewalt besonders gefährdet sind, getroffen werden können und welche gesetzlichen Grundlagen allenfalls für deren Umsetzung nötig

wären». Der Bundesrat versichert in seiner identischen Stellungnahme, dass der Schutz der Bevölkerung vor Gewalt für ihn «höchste Priorität» habe. Er sei sich bewusst, dass «einige religiöse Gemeinschaften und Minderheiten» besonders bedroht seien. Das gelte «namentlich auch für die jüdischen Gemeinschaften und ihre Einrichtungen, die vom islamistischen Terror bedroht sind. Dieser besonderen Bedrohung müssen die verantwortlichen Behörden Rechnung tragen». Gestützt auf die Bundesverfassung (Artikel 57 Abs. 2) sei der Bundesrat «bestrebt, die bereits bestehende Koordination zu intensivieren. Er wird in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Städten sowie im Gespräch mit interessierten Organisationen analysieren, ob das heute vorgesehene Schutzdispositiv genügt oder ob es punktuelle Schwachstellen gibt, die mittels

spezifischer Massnahmen eliminiert werden können.» Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) begrüsst die Kehrtwende des Bundesrates. Generalsekretär Jonathan Kreutner zu *tachles*: «Als eine der erwähnten (interessierten Organisationen) ist der SIG bereit zur Zusammenarbeit.» Im Ständerat wird die Motion Jositsch am 9. März behandelt. Nationalrätin Yvonne Feri sagt zu *tachles*: «Ich bedanke mich beim Bundesrat, dass er meine Motion annehmen möchte, und freue mich darüber. In einem ersten Schritt sollen die vorhandenen Sicherheitspositive und Grundlagen überprüft werden, der Bund möchte die Koordination intensivieren. Das werden wir genau beobachten müssen und dann allenfalls nochmals aktiv werden, denn ich bin davon überzeugt, dass der Bund eine starke Rolle einnehmen muss» (vgl. S. 14). GB